

Mirjam Veglio, Co-Präsidentin SP Kanton Bern

Es gilt das gesprochene Wort.

Seit 5 ½ Jahren wird der Kanton Bern von einer bürgerlich dominierten Regierung angeführt. Werden diese Jahre bilanziert, muss man feststellen: Der Kanton Bern kommt so nicht vorwärts. Dies erstaunt den wachen Geist interessierter Zeitgenoss:innen nicht. Liegt es doch auf der Hand, dass verstaubte Rezepte weder für die Gegenwart und schon gar nicht für die Zukunft taugen.

Drei Beispiele solch verstaubter Rezepte:

- Bern sollte beim destruktiven Steuerwettbewerb mitmachen und die Unternehmenssteuern senken.
- Den Sozialhilfebeziehenden sollte der Grundbedarf gekürzt werden
- Dem Verkaufspersonal sollte weitere Sonntagsarbeit aufgebürdet werden

Das Volk hat den Staub erkannt und allen drei Vorlagen an der Urne eine Abfuhr erteilt. Es sieht ganz danach aus, dass diese bürgerliche Politik eine Mehrheit der Menschen im Kanton Bern nicht mehr erreicht.

Es ist an der Zeit die Mehrheiten zu ändern – auch im Regierungsrat!

Die sozialdemokratischen und grünen Rezepte sind zukunfts- und enkeltauglich. Sie legen den Fokus auf alle Menschen im Kanton Bern. Unsere Politik nimmt Verantwortung auch für künftige Generationen wahr, und setzt nicht auf schnelle Profite in der Gegenwart. SP und Grüne stehen ein für Solidarität statt Ausgrenzung und Stigmatisierung – für Fortschritt statt Stillstand und Rückschritt.

Schütteln wir den Staub ab und schauen wir mit Klarheit auf die grossen gesellschaftspolitischen Herausforderungen, vor welchen der Kanton Bern steht.

Nicht nur in Pandemiezeiten muss eine gute Gesundheitsversorgung für die ganze Bevölkerung gewährleistet werden. Sie darf nicht den Interessen von privaten Investoren folgen. Wirklich gute Arbeitsbedingungen für Gesundheits- und Pflegepersonal sind der Schlüssel für die Versorgung der Bevölkerung. Spitäler, Alters- und Pflegeeinrichtungen sind aber mit dem geltenden Verfügungssystem mehr denn je zu einem ökonomischen Wettbewerb gezwungen. Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gehört in die Zuständigkeit der öffentlichen Hand.

Mit einer modernen Familienpolitik entschärft der Kanton Bern nicht nur den Fachkräftemangel. Er muss den Eltern endlich die unzähligen, immer noch bestehenden Steine, aus dem Weg räumen und ihnen ermöglichen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leben. Dazu braucht es eine Elternzeit. Eine bezahlbare und qualitativ gute Kinderbetreuung muss sichergestellt werden. Der bezahlten und unbezahlten Kinderbetreuung und generell der «Care-Arbeit» muss endlich mehr Beachtung geschenkt werden – auch eine wichtige Voraussetzung, damit Gleichstellung gelingt.

Die Klimaveränderung ist längst bei uns angekommen. Es braucht griffige Instrumente für einen sozialverträglichen Klimaschutz, begleitet von einer ÖV-Offensive und der konsequenten Förderung erneuerbarer Energien. So geht Zukunft!

Die SP Kanton Bern kämpft zusammen mit den Grünen für eine soziale, klimafreundliche und zukunftstaugliche Mehrheit in der Berner Regierung. Gemeinsam treten die Bisherigen, Evi Allemann, Christoph Amman und Christine Häsler mit Erich Fehr an. Zur Wahl steht für Bernerinnen und Berner von Stadt und Land ein kompetentes Quartett: verlässlich, krisenfest, dialogstark und teamorientiert.

Natalie Imboden, Präsidentin Grüne Kanton Bern

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Kanton Bern steht vor grossen Herausforderungen. Angesichts der Klimakrise geht es um nicht weniger als um den Erhalt unseres Planeten, unserer natürlichen Ressourcen und der Biodiversität. Der Kanton Bern als besonders von den negativen Folgen des Klimawandels (Überschwemmungen, Murgängen, Dürren, etc.) betroffen und daher auch besonders gefordert.

Das eindrückliche JA der Berner Stimmbevölkerung mit 64 Prozent Zustimmung zur Verankerung des Klimaschutzes in der Berner Verfassung vom September 2021 ist ein klarer Auftrag. Der Klimaartikel verlangt, dass sich der Kanton und die Gemeinden gegen den Klimawandel und seine Folgen einsetzen müssen. Bis 2050 soll der Kanton Bern klimaneutral sein. Die Klimamassnahmen sollen die Volkswirtschaft stärken und sozialverträglich sein. Aufgrund dieses Auftrags muss die nächste Legislatur 2022 – 2026 eine Legislatur des Klimaschutzes und der Klimagerechtigkeit sein.

Dazu braucht es eine Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft: Mit einer Dekarbonisierung des Verkehrs, Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien (Stichwort massiver Ausbau der Solar-energie), der Stärkung der Biodiversität und eine Offensive für Weiterbildung und Umschulung. Der Kanton Bern braucht massive Investitionen in Bildung und Klimaschutz. National - wie auch kanton- braucht es einen Transformationsfonds, wie dies mit der geplanten gemeinsamen Klimafonds-Initiative von GRÜNEN und der SP geplant ist.

Die Abstimmungsbilanz der letzten Legislatur zeigt deutlich, dass die Berner Bevölkerung eine andere Politik will. So hat der Souverän bürgerliche Sozialabbauprojekte in der Sozialhilfe, Steuergeschenke für Grosskonzerne und Liberalisierungen bei den Ladenöffnungszeiten zu Lasten des Verkaufspersonals abgelehnt. Gerade die anhaltende Corona-Pandemie zeigt eindrücklich, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem, starke Schulen und eine funktionierende öffentliche Infrastruktur sind. Die Wahlen vom März 2022 sind eine Weichenstellung. Der Kanton Bern braucht eine verlässliche Politik, welche Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt und die Partizipation und Inklusion in der Gesellschaft fördert. Dazu gehört auch die stärkere Beteiligung der Jugend am politischen Prozess mit dem Stimmrechtsalter 16 und das Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene, auch wenn sie keinen Schweizer Pass haben.

Der Kanton Bern braucht es eine Stärkung der ökologischen und sozialen Kräfte und eine rot-grüne Mehrheit mit vier kompetenten Köpfen im Regierungsrat. Eine rot-grüne Mehrheit setzt sich ebenso für einen wirksamen Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität ein, wie auch für gute öffentliche Spitäler und Geburtshäuser statt Privatisierungen und für bessere Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal. Die sozialen Ungleichheiten haben sich durch die Pandemie noch verschärft. Darum sind die Bekämpfung von Armut und die wirksame Unterstützung von Familien besonders wichtig. Es braucht Integrationsmotoren wie starke Schulen, eine gute Kinderbetreuung und wirksame soziale Netze für Menschen in Not.

Die GRÜNEN Kanton Bern kämpfen zusammen mit der SP für eine klimafreundliche und soziale Mehrheit in der Berner Regierung und treten gemeinsam mit der GRÜNEN Bildungsdirektorin Christine Häsler und mit Evi Allemann, Christoph Amman und Erich Fehr an. Zur Wahl steht für Bernerinnen und Berner von Stadt und Land ein kompetentes Quartett: teamorientiert, krisenfest, dialogstark und verlässlich.

Evi Allemann, Direktorin für Inneres und Justiz / Regierungsratskandidatin

Es gilt das gesprochene Wort.

Regierungsarbeit ist eine Mischung aus Knochenarbeit und Strategie, aus Dialog und Entscheiden, aus Verantwortung und Kollegialität. Regierungsarbeit lebt auch von guter fachlicher Unterstützung aus den Ämtern und vom Stab. Sie lebt von der Freude am Finden von Lösungen, und ganz wesentlich auch vom kollegialen Austausch. Den pflegen wir in der aktuellen Berner Regierung auf konstruktive Art – oft hart in der Sache, aber umgänglich im Ton. Auch die Zusammenarbeit unter uns drei rot-grünen Regierungsmitgliedern ist hervorragend. Vieles gelingt uns, manches nicht. Uns würde freuen, wenn wir den Kanton Bern mit unseren Ideen in der nächsten Legislatur aus einer Mehrheitsposition heraus noch stärker voranbringen könnten.

Wir möchten für eine hohe Lebensqualität im Kanton Bern weiterarbeiten. Im Mittelpunkt stehen die Menschen im Kanton Bern, die vom Kanton eine hohe Qualität an Dienstleistungen erwarten dürfen. Wir wollen der Bevölkerung und der Wirtschaft einen guten Service public bieten.

Das geschieht in verschiedenen Themenfeldern – unter anderem im Bereich der Familien. Die Familie hat eine hohe gesellschaftspolitische Bedeutung und die Vielfalt an gelebten Familienformen ist gross. Mir ist deshalb wichtig, dass der Kanton Bern gute und faire Lebensbedingungen anbietet. Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Als zuständige Direktorin habe ich mich erfolgreich für eine stärkere finanzielle Entlastung der Familien im Bereich der Verbilligung der Krankenkassenprämien eingesetzt: Seit 2020 werden Familien mit Kindern und junge Erwachsene in Ausbildung bei unteren mittleren Einkommen gezielt entlastet. Rund 13'000 Personen profitieren neu von einer Prämienverbilligung und rund 50'000 Berechtigte erhalten eine höhere Verbilligung. Der Kanton setzt dafür jährlich zusätzlich 30 Mio. Franken ein. Die Prämienverbilligung bleibt ein zentrales Anliegen und erhält im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise für viele Familien eine neue Bedeutung. Das System soll noch fairer und einfacher werden, damit es langfristig seine hohe Akzeptanz behält. Zudem haben wir in den letzten vier Jahren intensiv an einem neuen Kinderförder- und Schutzgesetz (KFSG) gearbeitet. Es verbessert die Unterstützung von Kindern, die auf besonderen Schutz angewiesen sind.

Im Fokus steht aber auch die Raumplanung: Mit einer guten Raumplanung leisten wir einen wesentlichen Beitrag an eine hohe Lebensqualität der Bevölkerung. Wir sichern gute Standortvoraussetzungen für die Wirtschaft und tragen zum Schutz von Natur und Umwelt bei. Mein Ziel ist, mit guter Raumplanung eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Als übergeordnete raumplanerische Leitlinie gilt die Siedlungsentwicklung nach innen. Sie ist Herausforderung und Chance in einem: Der Kanton Bern will die räumliche Entwicklung in das bereits weitgehend bebaute Gebiet lenken. Das bestehende Siedlungsgebiet soll optimal genutzt und die Zersiedelung gestoppt werden. Dafür muss das Verdichtungspotenzial gezielt ausgeschöpft werden. Baulücken sind zu schliessen und unüberbaute oder unternutzte Bauzonen sind verfügbar zu machen. Gewachsene Siedlungen und Dorfkerne sollen unter Berücksichtigung der identitätsstiftenden Baukultur erneuert werden. Die Landschaft soll nachhaltig entwickelt werden. So erreichen wir eine hohe Lebens- und Umweltqualität für die Bevölkerung und gute räumliche Voraussetzungen für die Wirtschaft.

In den letzten vier Jahren haben ich und meine Direktion uns am Leitmotiv «einfach, aktiv, digital» orientiert. Es fasst meinen Anspruch nach raschen Entscheiden, einfachen Strukturen und digitalen Angeboten zusammen. Mir gefällt die Herausforderung, im Dialog mit den Partnerinnen und Partnern wie den Gemeinden, Regionen, der Wirtschaft, der Justiz oder den Kirchen- und Religionsgemeinschaften tragfähige Lösungen zu schaffen, die den Kanton Bern weiter voranbringen. Gerne stelle ich mich deshalb der Wiederwahl.

Erich Fehr, Stadtpräsident Biel / Regierungsratskandidat

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Kanton Bern braucht einen Richtungswechsel. Nur mit einer rotgrünen Mehrheit im Regierungsrat können wir die Weichen für eine sozialere und ökologischere Zukunft stellen. Ich will dazu beitragen, dass wir Bernerinnen und Berner uns auf unsere Stärken besinnen.

Ich finde es sehr schade, dass zu oft über die Schwächen anstatt über die Stärken unseres Kantons gesprochen wird. Vor 100 Jahren waren wir wirtschaftlich spitze. Mit der Gründung der BKW und der frühen Elektrifizierung begann eine rasante industrielle Entwicklung. Über den Lötschberg fuhren elektrische Lokomotiven, als am Gotthard noch Dampfloks keuchten. Dann sind wir leider zurückgefallen. Unser Kanton muss sich als innovativer und selbstbewusster Industriestandort weiterentwickeln. Ein Kanton mit einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern muss Lebensqualität, Bildung und Perspektiven bieten. Dazu gehört auch Arbeit, von der man gut leben kann. Biel als Industriestadt mit hohem Exportanteil ist den Konjunkturschwankungen besonders ausgesetzt. Darum weiss ich, wie wichtig zukunftssträchtige und damit sichere Arbeitsplätze sind. Nur wenn der Kanton Herausforderungen wie den Klimawandel als Chance versteht, werden im Bernbiet mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit wir den Klimawandel bremsen können, brauchen wir innovative und nachhaltige Technologien und Produkte. Das ambitionierte Ziel «netto null» bis 2050 im Blick, können in den nächsten Jahren in der Schweiz über 50'000 Arbeitsplätze entstehen. Das ist für unseren Kanton eine grosse Chance. Wir müssen Investitionen in «grüne» Technologien fördern und unterstützen, damit möglichst viele dieser Jobs bei uns geschaffen werden. Hier können wir mit einer linken Regierungsmehrheit die in den vergangenen Jahren von zwei sozialdemokratischen Volkswirtschaftsdirektoren geleistete Arbeit, welche bisher immer wieder von rechts gebremst wurde, stärken und fortführen und auch gleich noch eine Verbindung zur Digitalisierung herstellen.

Eine gute Volksschule ist der Schlüssel zur Chancengleichheit – und für mich deshalb ein Kern- und Uranliegen sozialdemokratischer Politik. Gute Bildung verbessert die Aussichten auf ein würdiges und selbstbestimmtes Leben und reduziert damit auch das Risiko, von Sozialhilfe abhängig zu werden. Damit zu Beginn der Schulzeit alle Kinder möglichst gleichlange Spiesse haben, braucht es ein gut ausgebautes Angebot an früher Förderung, zum Beispiel dank kostenlosen Kitas. Das gehört zu einer zeitgemässen Familienpolitik, genauso wie eine echte Elternzeit. Gleichstellung und Frauenförderung sind für mich selbstverständlich. Das sage ich nicht nur so, sondern das setze ich in meiner Direktion in Biel konsequent um. Drei von vier Abteilungen werden von Frauen geleitet. Auch «meine» zwei stadtteiligen Unternehmen werden heute erfolgreich von Frauen geführt. Und Lohngleichheit ist bei uns schon länger Realität.

Finanzpolitik ist wichtig, denn ohne gesunde Finanzen gibt es keinen leistungsfähigen Service Public. Natürlich soll die Steuerbelastung für die Menschen möglichst klein sein. Aber es ist nicht das einzige, was zählt. Die öffentliche Hand muss über die nötigen Mittel verfügen, um ihre Aufgaben erfüllen und investieren zu können. Die Politik bestimmt die Leistungen, daraus folgt der Steuersatz. Der Staat muss für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Ausgleich sorgen. Das kostet, ist aber seinen Preis wert.

Zur Sozialpolitik sage ich heute nur so viel, dafür in aller Deutlichkeit: Eine linke Mehrheit in der Regierung ist die Voraussetzung, dass in Zukunft wieder Armut und deren Ursachen bekämpft werden, anstatt wie heute – mit einer bürgerlichen Mehrheit – die Armen.

Wir müssen Klimapolitik machen, die im Volk eine Mehrheit findet. Bei der Mobilität braucht es regional passende Lösungen. In den Städten müssen wir die Zahl der Autos reduzieren. Dafür braucht es

einen hervorragenden ÖV und wir müssen den Velo- und Fussverkehr fördern. Der ÖV ist und bleibt das effektivste Fortbewegungsmittel in dicht besiedelten Agglomerationen. Deshalb müssen wir ihn ausbauen und umweltschonende Antriebssysteme durchsetzen. Das Velofahren muss sicher und attraktiv sein. Dafür braucht es geeignete Infrastrukturen, welche die Agglomerationen umfassend vernetzen. Auf dem Land sind aber viele Menschen auf ein Auto angewiesen. Dort ist es sinnvoll, den Wechsel auf E-Autos zu unterstützen, zum Beispiel mit Ladestationen. Es wird nicht einfach sein in unserem Kanton Mehrheiten für eine nachhaltige Mobilitätspolitik zu finden und die aktuell angespannte Finanzlage erleichtert diese Aufgabe auch nicht gerade.

Zwei Dinge sind mir in die Wiege gelegt worden: Die Politik und die Zweisprachigkeit. Ich bin zwar Deutschschweizer, verstehe aber Denkweise und Mentalität der Romands sehr gut. Ich teile mein Leben seit über 50 Jahren mit ihnen. Nach der Moutier-Abstimmung und der damit verbundenen Klärung der Jurafrage müssen wir sie stärken. Der Kanton kann seine für das Land wichtige Brückenfunktion nur mit einem starken Berner Jura und selbstbewussten Romands wahrnehmen. Zusätzlich gilt es die besonderen Bedürfnisse der zweisprachigen Stadt Biel und ihrer Agglomeration zu berücksichtigen. Die Bieler Romands, die zweisprachigen Bielerinnen und Bieler sowie die Bernjurassierinnen und -jurassier können im Kanton Bern nur dann wirklich zu Hause sein, wenn den unterschiedlichen Sensibilitäten Rechnung getragen wird. Als langjähriger Stadtpräsident von Biel bin ich mit diesen Befindlichkeiten bestens vertraut. Ich arbeite seit mehr als einem Jahrzehnt erfolgreich auf und am Scharnier zwischen Biel, dem Berner Jura und dem Seeland. Diese Erfahrung würde im Regierungsrat einen wirklichen Mehrwert darstellen, welchen keines seiner aktuellen Mitglieder abdecken kann. Ich bin überzeugt, so Lösungen für aktuelle Fragen gestalten zu können, welche direkt der betroffenen Bevölkerung zu Gute kämen. Ich denke hier insbesondere an die Bereiche Bildung und Kultur, welche für die Identität zentral sind und bei denen das Sonderstatutsgesetz dem Berner Jura und den Bieler Romands gewisse Kompetenzen zuweist.

Verlässlich, umsichtig und transparent. In mehr als 10 Jahren als Bieler Stadtpräsident konnte ich Führungs- und Exekutiverfahrung sammeln und Kontakte knüpfen. Ich kann Brücken schlagen, zuhören und Lösungen finden. Und als Bieler weiss ich, wie wichtig es ist, Vielfalt und das Miteinander zu pflegen. Das will ich in die Regierungsarbeit einbringen. Nur mit einer rot-grünen Mehrheit in der Regierung wird unser Kanton sozialer und ökologischer. Deshalb kandidiere ich – gemeinsam mit den bisherigen Evi Allemann, Christoph Ammann und Christine Häsler. Für einen innovativen und starken Industriestandort, der Arbeit, Lebensqualität, Bildung und Perspektiven bietet. Mit anderen Worten: für einen Richtungswechsel, welcher allen Bernerinnen und Bernern zugutekommt.

Christine Häsler, Bildungs- und Kulturdirektorin / Regierungsratskandidatin

Es gilt das gesprochene Wort.

Ich gehe gerne auf die Themen Bildung, Diversität, Gleichstellung und Mitbestimmung ein.

Die Covid-Krise traf und trifft die Bereiche Bildung und Kultur sehr stark. Doch in den Berner Schulen wird gerade auch in dieser Covid-Krise herausragende Arbeit geleistet. Dass nun seit 1. Januar auch die Sonderschulen unter dem Dach der Bildungsdirektion sind, ist ein passendes Bild für eine inklusive Gesellschaft, wie wir sie erreichen wollen. Bildung für alle – für Kinder mit unterschiedlichsten Fähigkeiten und Bedürfnisse und für eine Gesellschaft, in der alle ihren Platz einnehmen und ausfüllen können.

Die Chancengerechtigkeit wächst, wir wollen erreichen, dass allen der Weg offensteht, der zu ihnen passt und der sie erfüllt. Den spielerischen Zugang zu MINT-Fächern ermöglichen wir im Kanton Bern mit dem Mint-Mobil und mit dem TecLab. Wir haben Klassenlager auf Nachhaltigkeit ausgerichtet und ermöglichen sie allen Kindern. Und mit der Revision des Volksschulgesetzes ist nun auch die Talentförderung für sportliche und musische Talente möglich. Talentförderung - ungeachtet der Frage, aus welchem Umfeld ein Kind stammt. All dies sind Themen, an denen wir im Kanton Bern intensiv arbeiten.

Für gute Bildung benötigen wir vor allem Lehrerinnen und Lehrer und Schulleitungen, die mit Freude und Engagement unterrichten. Und dazu braucht es gute Rahmenbedingungen. Die Gehaltserhöhung, die in der vergangenen Legislatur ermöglicht wurde, war ein wichtiger Schritt. Nun analysieren wir genau, wo es weitere gezielte Anpassungen braucht. Wir wollen die Wertschätzung für die Berufe der Lehrerinnen und Lehrer und Schulleitungen weiterhin hochhalten.

Die Covid-Krise fordert uns als Gesellschaft sehr aber wir dürfen uns nicht trennen lassen. Wir wollen eine Gesellschaft, die Platz und Wertschätzung für alle garantiert, ungeachtet von Stärken, Schwächen, Herkunft, Geschlecht und Lebensentwürfen. Und dazu braucht es wirkliche Gleichstellung, ein starkes Bewusstsein und Engagement für Diversität und Mitbestimmung für alle.

Eine der wichtigsten Stärke unserer Gesellschaft ist wohl ihre Diversität. Wenn ältere und jüngere Menschen verschiedenster Herkunft und unterschiedlichem Geschlecht, Menschen verschiedener Religionen und sexueller Identität mit vielfältigsten Fähigkeiten an unserer Gesellschaft Teil haben und mitgestalten, dann erreichen wir viel. Dazu müssen wir die Partizipation und die Mitbestimmung für alle ermöglichen. Das Stimmrecht ab 16 Jahren aber auch das Stimmrecht für Menschen mit Behinderung sind dabei wichtige Beispiele. Was das inklusive Engagement im Kultursektor längst vorlebt, muss sich auf alle Lebensbereiche ausdehnen.

Auch in der Gleichstellung haben wir noch Arbeit vor uns. Chancengerechtigkeit muss in allen Lebensbereichen garantiert sein und dazu ist vorab der chancengerechte Zugang zur Bildung nötig. Die Öffnung von Geschlechterbildern und Geschlechterrollen beginnt in der Bildung damit sie sich in allen Lebensbereichen entfalten und zur Selbstverständlichkeit werden kann.

Unsere Gesellschaft wächst, die Schülerzahlen im Kanton Bern ebenso. Wir stehen dafür, dass auch weiterhin verlässlich in die Bildung investiert wird.

Christoph Ammann, Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektor / Regierungsratskandidat

Es gilt das gesprochene Wort.

Das dominante Thema der letzten beiden Jahre war COVID. Es wird uns auch in den nächsten Monaten begleiten. Aber auch viele andere Herausforderungen sind anzupacken. Erlauben Sie mir, dass ich folgende Stichwörter kurz aufgreife: Wirtschaft und Arbeit, Energie, Klima und Biodiversität.

1. Wirtschaft und Arbeit

Gerade COVID hat uns gezeigt, wie wichtig eine vorbildliche Sozialpartnerschaft ist. Sie hat in der Krise hervorragend funktioniert. Die Sozialpartner waren in viele wichtige Entscheide der Regierung involviert, und sie haben sie nicht nur mitgetragen, sondern auch dazu beigetragen, dass Vertrauen geschaffen und Vollzugsfragen geklärt werden konnten. Dies war insbesondere auch extrem wertvoll bei der Bewältigung der Herkulesaufgabe, in den letzten zwei Jahren im Kanton Bern in der Corona-Krise die Wirtschaft zu stabilisieren. Zu dieser vorbildlichen Sozialpartnerschaft müssen wir auch in Zukunft Sorge tragen.

Und Sorge tragen müssen wir auf nationaler Ebene zur Offenheit der Märkte und auch des Arbeitsmarktes. Als Stichworte: Die bilateralen Beziehungen zur EU oder die Sicherung von Lieferketten. Sie sind auch auf kantonaler Ebene grosse Herausforderungen.

Der Kanton Bern muss auch seine Innovationspolitik vorantreiben: Hier geht es in den nächsten Jahren darum, dass wir die beiden grossen Innovationsprojekte konsolidieren (sitem Insel AG, Switzerland Innovation Park Biel). Und dass wir zwei weitere aufbauen (Swiss Center for Design and Health in Nidau, EMPA in Thun). Es geht aber auch darum, dass wir neue Akzente setzen (Kreislaufwirtschaft).

2. Energie

Wir wissen: Die Revision des kantonalen Energiegesetzes hat mit der 1. Lesung im Grossen Rat eine wichtige Hürde genommen. Dieses Gesetz mit der «gewichteten Gesamtenergieeffizienz» als Kernstück muss nun erfolgreich abgeschlossen und zügig in Kraft gesetzt werden.

Der Kanton Bern muss auch einen gewichtigen Beitrag leisten an die nationale Versorgung und damit zum Aufbau von neuer erneuerbarer Energie: Trift, Grimsel- und Oberaarsee als Projekte von nationaler Bedeutung zum Ausbau der Wasserkraft und Deckung der Winterstromlücke. Gross ist auch das Potenzial für Wind- und Solarenergie im Kanton Bern.

3. Klima und Biodiversität

Die Berner Bevölkerung hat mit der Annahme des Klimaartikels in der Verfassung der Politik einen klaren Auftrag erteilt. Zentrales Projekt ist hier die Wyss Academy for Nature (WA). Sie wurde Mitte 2020 in Bern gegründet und seither trotz der Corona-Krise rasch aufgebaut. Sie entwickelt innovative, langfristige Wege, die die Erhaltung der biologischen Vielfalt, das menschliche Wohlergehen und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen in einer Vielzahl von Landschaften auf der ganzen Welt stärken und miteinander in Einklang bringen. Dafür betreibt sie Hubs in Zentraleuropa (Bern, Schweiz), Südostasien (Laos), Ostafrika (Kenia) und Südamerika (Peru). Im Kanton Bern werden in 15 Projekten Ansätze und Lösungen entwickelt für die dringendsten Probleme an der Schnittstelle zwischen Klima, Biodiversität und Landnutzung.

Bereits erarbeitet ist die Umweltstrategie der WEU mit Sachplan Biodiversität, Waldbiodiversität mit dem Projekt Klima im Wald (KliWa). Hier geht es darum, diese mit konkreten Projekten umzusetzen, sie allenfalls auch auf andere Direktionen zu erweitern und zu einer Regierungsstrategie zu machen. Wichtig ist auch das Thema Boden mit besonderen Kompetenzen im Kanton Bern, die wir entwickeln wollen. Ich spreche wieder von der WA, aber auch vom nationalen Kompetenzzentrum Boden an der HAFL in Zollikofen (KOBO).